



Org.-Zeichen:
Maßnahme-Nr.:
Tag der Antragstellung:

**Schaffung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung – Zusatzjobs
nach § 16d Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II)
Förderantrag**

1. Antragsteller (Maßnahmeträger)

Name / Bezeichnung: _____
Rechtsform _____
Straße, Nr. _____
PLZ, Ort _____
Telefon: _____ / _____ Telefax: _____ / _____
E-Mail: _____
Ansprechpartner: _____
Bankverbindung: _____
BLZ: _____ Kontonummer: _____

2. Erklärungen des Antragstellers / Hinweise

Hiermit beantrage ich pauschale Förderleistungen zur Schaffung von Zusatzjobs nach § 16d SGB II. Es handelt sich dabei um nicht versicherungspflichtige Beschäftigungen von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Sozialrechtsverhältnissen, für die den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zuzüglich zum Arbeitslosengeld II eine angemessene Entschädigung für Mehraufwendungen zu zahlen ist; **die Arbeiten müssen im öffentlichen Interesse liegen und zusätzlich sein** und begründen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts; die Vorschriften über den Arbeitsschutz und das Bundesurlaubsgesetz sind entsprechend anzuwenden; für Schäden bei der Ausübung ihrer Tätigkeit haften erwerbsfähige Hilfebedürftige nur wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Förderbeginn: _____ Förderdauer: _____ Monate

Anzahl der Zusatzjobs: _____

Wöchentliche Beschäftigungszeit je Zusatzjob: _____ Stunden

Kurzbezeichnung der Maßnahme zur Schaffung von Zusatzjobs**Ausführliche Beschreibung der Zusatzjobs / Darstellung des Maßnahmekonzeptes**

Insbesondere sind Angaben / Erläuterungen zu folgenden Kriterien erforderlich:

1. Tätigkeitsbeschreibung
2. Arbeitsinhalte / Einsatzfelder
3. Einsatzort/e
4. Umfang und Verteilung der Arbeitszeit
5. Art und Umfang der Betreuung / Qualifikation des eingestellten Personals
6. Art und Umfang der Qualifizierung / Qualifizierungsplan
7. Höhe und Zusammensetzung der voraussichtlichen Maßnahmekosten (Vordruck siehe Antragsanlage)
8. Erläuterungen zur Eignung als Träger von Zusatzjobs
9. Begründung des öffentlichen Interesses / der Gemeinnützigkeit
10. Begründung der Zusätzlichkeit
11. Begründung der Wettbewerbsneutralität und ggfs. Vorlage einer Unbedenklichkeitserklärung der zuständigen Kammer
12. Schriftliche Erklärung der Einsatzstelle/n

Bitte gesondertes Blatt verwenden

Ich stelle sicher, dass

- die beantragte Maßnahme gesetzeskonform und ordnungsgemäß durchgeführt wird.
- während der gesamten Maßnahmedauer die Trägereignung vorliegt und die Fördervoraussetzungen erfüllt sind.
- die Maßnahme von mir selbst oder unter meiner Verantwortung ganz oder teilweise von einem von mir beauftragten Dritten durchgeführt wird, d.h. ausschließlich von der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) zugewiesene erwerbsfähige Hilfebedürftige nur im Rahmen der beantragten und bewilligten Zusatzjobs bei mir oder bei dem von mir beauftragten Dritten beschäftigt werden.
- die gewährten Förderleistungen zweckentsprechend verwendet werden.
- meine Aufwendungen im Zusammenhang mit der Maßnahmedurchführung mindestens den zu bewilligenden Förderleistungen entsprechen und Leistungen Dritter berücksichtigt werden.
- die bewilligten und ausgezahlten Mehraufwandsentschädigungen ohne Abzug unverzüglich an die Teilnehmer weitergegeben werden.
- die Vorschriften über den Arbeitsschutz und das Bundesurlaubsgesetzes entsprechend angewendet werden.
- die Unfallversicherung sowie die Haftpflichtversicherung der in den bewilligten Zusatzjobs beschäftigten Personen rechtzeitig erfolgt und bei der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) nachgewiesen wird.
- im Zusammenhang mit der Maßnahmedurchführung keine Arbeitnehmerüberlassung von Teilnehmern an Zusatzjobs betrieben wird.
- alle förderungsrelevanten Änderungen unverzüglich der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) mitgeteilt werden.

Die vollständige Besetzung der Zusatzjobs mit erwerbsfähigen Hilfebedürftigen hat unverzüglich zu erfolgen. Freiwerdende Teilnahmeplätze sowie Fehlzeiten sind der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) sofort mitzuteilen, damit gemeinsam über eine Wiederbesetzung entschieden werden kann. Förderbar sind nur besetzte oder als besetzt anerkannte Teilnahmeplätze und tatsächlich geleistete Beschäftigungsstunden.

Die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) stellt eine rechtzeitige Teilnehmerauswahl sicher und organisiert in Absprache mit dem Träger eine termingerechte Zuweisung / Ersatzzuweisung einer entsprechenden Anzahl erwerbsfähiger Hilfebedürftiger.

Die Auszahlung der gesamten Förderung erfolgt monatlich nachträglich auf der Basis eines vom Träger jeweils zu erstellenden und spätestens bis zum 10. des Folgemonats an die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) zu übersendenden Monatsberichts.

Fördervoraussetzungen:

Die Zusatzjobs müssen im öffentlichen Interesse liegen sowie zusätzlich, wettbewerbsneutral, arbeitsmarktpolitisch zweckmäßig und hinreichend bestimmt sein.

Zusatzjobs liegen im öffentlichen Interesse, wenn das Arbeitsergebnis der Allgemeinheit im Geltungsbereich des SGB II dient. Die Arbeiten dürfen nicht überwiegend erwerbswirtschaftlichen Interessen oder den Interessen eines begrenzten Personenkreises oder den Interessen Einzelner dienen. Im öffentlichen Interesse liegen insbesondere auch gemeinnützige Arbeiten, die unmittelbar den Interessen der Allgemeinheit / des Allgemeinwohls auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet dienen.

Zusätzlichkeit liegt vor, wenn die Zusatzjobs ohne die Förderung nicht, nicht in diesem Umfang oder erst zu einem späteren Zeitpunkt geschaffen werden. Arbeiten, die auf Grund einer rechtlichen Verpflichtung durchzuführen sind oder die üblicherweise von juristischen Personen des öffentlichen Rechts durchgeführt werden, sind nur förderungsfähig, wenn sie ohne die Förderung voraussichtlich erst nach zwei Jahren durchgeführt werden.

Im Zusammenhang mit der Einrichtung von Zusatzjobs dürfen bestehenden Unternehmen am Markt für Güter und Dienstleistungen keine Wettbewerbsnachteile entstehen. Zusatzjobs dürfen reguläre Beschäftigungsverhältnisse nicht verdrängen oder beeinträchtigen. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze darf nicht gefährdet oder verhindert werden.

Zusatzjobs sind arbeitsmarktpolitisch zweckmäßig, wenn sie insbesondere Hilfe zur Aufnahme einer Beschäftigung oder Ausbildung bieten sowie die Sicherung und Erweiterung individueller Qualifikationen, Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten unterstützen und Anreize für die Aufnahme regulärer Beschäftigung bieten.

Zwischen dem Maßnahmeträger und dem teilnehmenden erwerbsfähigen Hilfebedürftigen besteht kein Arbeitsverhältnis / kein Arbeitsvertrag. Unabhängig davon sollten die beiderseitigen Rechte und Pflichten aus dieser besonderen Art einer Beschäftigung entsprechend dokumentiert werden. Der Träger schließt daher mit dem Teilnehmer eine – der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) vorzulegende – schriftliche „Vereinbarung zum berufspraktischen Einsatz in Arbeitsgelegenheiten“ (Einsatzplan) ab (z.B. Beginn und Dauer, Einsatzorte, Umfang und Verteilung der Arbeitszeit, Arbeitsinhalte, ggf. Qualifizierung / Betreuung, Höhe der Mehraufwandsentschädigung, Arbeitsschutz, Haftung, Unfallversicherung, Urlaub, Ansprechpartner beim Träger, Zeugnis und Beurteilung, Informations- und Mitteilungsverpflichtungen).

Der Träger hat für den jeweiligen Teilnehmer ein individuelles Zeugnis mit Kompetenzprofil und für die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) eine Teilnehmerbeurteilung zur Ergänzung des Kundenprofils zu erstellen. Der Teilnehmer hat dies zuzulassen.

Der Träger hat nach der Hälfte der bewilligten Förderdauer einen Zwischenbericht (sofern im Bewilligungsbescheid gefordert) und zum Ende der Maßnahme einen Ergebnisbericht und eine Dokumentation (z.B. Verlauf, Arbeitsergebnisse, Wirkungen, Erfahrungen) zu erstellen.

Im Zusammenhang mit der Maßnahmedurchführung ist die Gewährung weiterer Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung nicht möglich.

Die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) hat jederzeit das Recht, Maßnahmeprüfungen vorzunehmen. Der Träger hat die Einsicht in Geschäftsunterlagen sowie den Zutritt zu den Geschäftsräumen bzw. zu den Arbeitsorten der Teilnehmer zuzulassen oder zu gewährleisten. Bei Leistungsstörungen sind gegenüber dem Träger Sanktionen möglich (z.B. Abmahnung, ergänzende Auflagen, teilweise oder vollständige Rückforderung, Abbruch).

Sonstige Bemerkungen / Mitteilungen:

Ich versichere die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben. Den Inhalt dieses Förderantrages habe ich zur Kenntnis genommen.

(Ort, Datum / Name, Unterschrift und Stempel des Trägers)